



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/IX/18 - 22.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Die Vertriebenen und die Vierer-Konferenz	S. 1
Fesseln für Eisenhower	S. 3
Die Pläne des neuen Postministers	S. 5
Abzug der Amerikaner aus Europa ?	S. 7

Der Schatten der zwölf Millionen

Von Wenzel Jaksch, M.d.B.

Die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens haben sich auf der Höhe ihrer damals noch geeinten Siegermacht - man schrieb Juli-August 1945 - nicht dazu entschließen können, die Annexion Ostdeutschlands zugunsten Polens und Rußlands zu vollziehen. Sie verständigten sich vielmehr dahin, "daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll". Das Berliner Treffen der Außenminister der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs wird von keiner beteiligten Macht als Friedenskonferenz deklariert und deshalb müßte Molotow sozusagen das Potsdamer Abkommen an einem entscheidenden Punkt außer Kraft setzen, wollte er eine vorzeitige einseitige Festlegung der deutschen Ostgrenzen verlangen.

Auf deutscher Seite ist man sich auch weitgehendst klar darüber, daß die eindeutige Forderung des deutschen Volkes nach Einheit in Freiheit durch eine Parallel-Diskussion über Grenzfragen eher abgeschwächt als verstärkt werden würde.

Die große Masse der Heimatvertriebenen in Westdeutschland kennt diesen Tatbestand und sie respektiert ihn. Ja, es ist ein rühmenswertes Zeichen von politischer Selbstkontrolle, daß die ostdeutschen Landsmannschaften und die anderen großen Vertriebenen-Organisationen darauf verzichten, den Konferenzmächten das zu unterbreiten, was ihre Mitglieder in diesem Augenblick gerne ausgesprochen haben möchten. Damit wird erneut unterstrichen, was das Ausland so lange nicht wahrhaben wollte, nämlich, daß die von Haus und Hof vertriebenen Deutschen ganz überwiegend ein friedliebendes und aufbauendes Element sind.

Ganz wird man jedoch den Schatten der 12,5 Millionen Überlebenden der größten Volksaustreibung aller Zeiten nicht aus den Berliner Konferenzsäulen bannen können. In der Sowjetzone

allein leben ihrer viereinhalb Millionen. Sie waren zum Schweigen verurteilt, wenn die Pankower Regierung über die Oder-Neiße-Linie als "Friedensgrenze" paktierte oder wenn sie die Austreibung der Sudetendeutschen als endgültig anerkannte. Wie wenig aber dieses Schweigen mit der wahren Stimmung der Betroffenen zu tun hat, das bewies der Verlauf des Volksaufstandes vom Juni 1953. Ein ganzes Viertel der Bevölkerung Mitteldeutschlands, die die Welt durch ihren todesmutigen Freiheitswillen überraschte, sind vertriebene Deutsche gewesen!

Man sollte daher endlich auch im Osten erkennen, daß das Austreibungserlebnis von 12,5 Millionen Deutschen ein bedeutsames und vielleicht sogar entscheidendes Moment in der politischen Willensbildung des deutschen Volkes nach dem zweiten Weltkrieg war. Der seelische Tiefgang dieses Ereignisses, ja seine dominierende Rolle bei der Isolierung der kommunistischen Ideologie im deutschen Volke, ist von der russischen Politik zu ihrem Nachteil verkannt worden. Solche gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen, die in der türkischen und russischen Geschichte zum Requisit einer despotischen Staatspolitik gehörten (Deportationen nach Sibirien, Armeniergreuel) sind in Mitteleuropa seit der Völkerwanderung nicht mehr dagewesen. Man hätte in Moskau beachten sollen, welche verheerenden Gegenwirkungen die Lenker des Dritten Reiches durch die Zerstörung des einen tschechischen Dorfes Lidice ausgelöst haben. Sanktioniert von den Potsdamer Beschlüssen hat es nach dem Kriege in den austreibungs-ländern tausende von Lidices gegeben, nur mit dem Unterschiede, daß die physische Ausrottung der Bewohner in Dutzenden von Gemeinden auch vor Frauen und Kindern nicht halt machte.

Umso höher ist es zu werten, daß die Charta der acht Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik ausdrücklich Haß und Rache verwirft. In keiner ihrer Kundgebungen sind seither die Heimkehrwünsche dieser Menschen mit irgendwelchen Hoffnungen auf eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Ost und West verknüpft worden. Was sie anstreben ist vielmehr ein gerechter Friede und die Verwirklichung ihres Heimatrechtes in einem friedlich geordneten Europa.

Dies sind Fakten in der heutigen deutschen Situation, denen sich keine Siegermacht verschließen sollte. Man möge auch am Konferenztisch von Berlin wissen, daß das deutsche Volk seit 1945 eine fast unwahrscheinliche Bewährungsprobe bestand, indem es in einem gespaltenen Restdeutschland eine Bevölkerung von der Einwohnerzahl Kanadas aufnahm und deren physische und moralische Substanz vor dem Verderben rettete. Was immer das Hitlerregime an Schuld aufgetürmt und an Vergeltung herausgefordert hat: Das Schicksal der vertriebenen Deutschen ist ein Sühneakt von weltgeschichtlichen Ausmaßen gewesen. Je länger die Sieger über diesen Zwischenakt hinwegsehen wollen, der sich einer bedingungslosen Kapitulation anschloß und der in den Austreibungsgebieten weithin einer Fortsetzung des Krieges gegen Wehrlos gleichkam, desto mehr geben sie jene moralische Überlegenheit preis, die sie am 8. Mai 1945 uneingeschränkt zu besitzen glaubten. Die Austreibungsbeschlüsse von Potsdam haben unfreiwillig dazu beigetragen, daß ein geläutertes und in Unglück gereiftes deutsches Volk heute ruhigen Gewissens auf die neue Viermächte-Konferenz blicken kann. Der Schatten der zwölf Millionen Vertriebenen steht zwischen Potsdam 1945 und Berlin 1954. Er braucht niemanden zu erschrecken, der eine friedliche Zukunft Europas will.

Ein Vorstoß des Isolationismus in USA

O.L.-New York, Ende Januar

Ein amerikanischer Präsident sieht sich immer politischen Überraschungen gegenüber. So muß Präsident Eisenhower in einem Zeitpunkt, in dem die Fragen der allgemeinen Wirtschafts-, Fern- und Steuerpolitik im Vordergrund stehen sollten, einen gefährlichen Vorstoß des Isolationismus im amerikanischen Senat abwehren.

Senator Bricker, einer der konservativsten Republikaner, hat eine Verfassungsänderung beantragt, die die Vollmacht des Präsidenten, internationale Vereinbarungen abzuschließen, wesentlich einschränken und die Beweglichkeit der amerikanischen Diplomatie hemmen soll. Brickers Antrag, als das sogenannte "Bricker Amendment" bekannt, sieht im wesentlichen vor, daß kein internationaler Vertrag, auch wenn er vom Senat bereits ratifiziert wäre, wirksam werden kann, wenn nicht obendrein entsprechende Vollmachtsgesetze beschlossen worden seien. Das würde die Ratifizierung von Verträgen zu einer leeren Geste herabmindern und die vertragschließenden Staaten in Ungewißheit lassen, ob dann auch die entsprechenden Gesetze beschlossen würden. Während bisher internationale Verträge zum Inkrafttreten der Zustimmung von Zweidritteln der Senatsmitglieder bedürfen - ohnedies eine Hemmung gegen internationale Verträge, wie das Schicksal des Völkerbundvertrages im Jahre 1920 zur Genüge zeigte - wären nun überdies Vollmachtsgesetze notwendig, die vom Abgeordnetenhaus und dem Senat beschlossen werden müßten. Außerdem bestimmt das Bricker-Amendment, daß keine internationalen Verträge über Fragen abgeschlossen werden könnten, deren Regelung in die Kompetenz der Staaten (Länder) falle. Das bezieht sich insbesondere auch auf sozialpolitische Übereinkommen, die von den Länderparlamenten aller 48 Staaten genehmigt werden müßten! Schließlich sollen alle Verträge ungültig sein, die die Rechte der Bürger einschränken - was ebenfalls gegen sozialpolitische und wirtschaftliche Übereinkommen angewandt werden könnte.

Schließlich soll die Vollmacht des Präsidenten, sogenannte Regierungsübereinkommen abzuschließen, vom Kongreß besonders geregelt werden. Das würde zum Beispiel bedeuten, daß der Präsident Verein-

barungen über die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa nicht abschließen könnte. Wenn das Bricker Amendment Teil der amerikanischen Verfassung würde, dann wäre es für den amerikanischen Präsidenten und seinen Secretary of State (Außenminister) außerordentlich schwer, internationale Verhandlungen zu führen. Das militärische Zusammenwirken der USA mit den Alliierten würde außerordentlich kompliziert, wenn nicht vereitelt werden.

Es ist kein Zufall, daß Mr. Bricker aus demselben Staat kommt, aus dem Präsident Harding kam, der nach dem ersten Weltkrieg die Teilnahme der USA am Völkerbund vereitelte und die amerikanische Außenpolitik auf den verhängnisvollen Weg zum Isolationismus zurückführte. Und es ist kein Zufall, daß Brickers ursprünglicher Antrag von seinem Kollegen aus dem Staate Ohio, dem inzwischen verstorbenen Senator Taft mitunterzeichnet war.

Der Senat wird in den nächsten Wochen zu einem Beschluß über den Antrag Bricker kommen. Seit einem Jahre, seit den ersten Tagen der Eisenhower-Regierung, bemühen sich der Präsident und sein Außenminister, mit Bricker zu einem Kompromiß zu gelangen, das im wesentlichen die Vollmachten des Präsidenten unangestastet lassen, aber Gewähr gegen Mißbrauch geben soll. Bricker und die Isolationisten haben bisher alle Kompromißvorschläge abgelehnt. Nun soll der Senat entscheiden. Da manche der Demokraten für den Antrag Brickers sind, andere zögern mögen, ob sie Eisenhower aus der Verlegenheit helfen sollen, nachdem sein Justizminister Brownell Truman so scharf angegriffen hat, und da die Sprecher Eisenhowers im Senat, vor allem der neue Fraktionsführer Knowland schwach sind, ist es fraglich, wie diese für den Präsidenten wichtige Abstimmung ausgehen wird.

Für Eisenhower steht hier noch mehr auf dem Spiel als die allerdings lebenswichtige Bewegungsfreiheit der amerikanischen Diplomatie. Wenn er im Senat bei der Abstimmung gegen das Bricker-Amendment unterliegt oder auch nur eine große Mehrheit, wenn auch keine Zweidrittelmehrheit, gegen den Standpunkt des Präsidenten sein sollte, dann hätte er eine wichtige Vorentscheidung über sein gesamtes Gesetzgebungsprogramm und seine politische Führerschaft verloren. So dürfte die Senats-Debatte und Abstimmung über das Bricker-Amendment zu einer der unerwarteten, aber bedeutsamsten politischen Entscheidungen der gegenwärtigen Kongreßtagung führen.

Die blaue Inflation

K.K. Die Margarine wird teurer. Der Kaffee auch, nachdem er eben erst aus Wahrücksichten preisgesenkt worden war. Die Schokolade folgt, bald ist die Seife an der Reihe. Man muß nicht unbedingt von inflationistischer Erscheinung sprechen, weil es sich - wenn man so will - um Genußgüter handelt. Man muß nicht die teuerste Schokolade essen, man könnte auf billigere Margarinesorten ausweichen, man käme auch ohne Kaffee aus. Zumindest noch den Wahlen ...

Wenn die Front der blau Uniformierten, die Post, aber jetzt daran geht, ihre Gebühren, die schon Exminister Schubert immer wieder anzuknabbern versuchte, zu erhöhen, und die Bundesbahn die unpopuläre Bresche, die der unpostulische "Wirtschaftsfachmann" Dr. Balke in Rothenburg o.d.T. geschlagen hat, ausnützt, um anzukündigen, daß auch sie ihre Tarife für Berufs- und Schülerverkehr zumindest bei den Omnibussen erhöhen wolle - wenn dem so ist und so wird, dann kommt man um das bittere Rudiment aus der Zeit vor 30 Jahren, die Inflation nämlich, nicht herum. Denn hier handelt es sich nicht um Genüsse, die man einschränken kann, sondern um einen Konsum, der unausweichlich ist.

Das gilt vor allem für die Postgebühren-Erhöhung, denn sie trifft nicht nur die Omnibusse, sondern vor allem das Porto, die Fernsprech- und Fernschreibgebühren. Telefon und Versand von Briefen, Postkarten, Paketen, Geldüberweisungen und so weiter aber sind derart massenverwurzelt und unangänglich, daß sich hier nicht bestimmte Interessengruppen, sondern das Volk als Ganzes einer rigorosen Maßnahme gegenüber sieht. Wenn der Etat der Post ähnlich dem der Bahn starke Minustendenzen hat, so wird sie um eine innenpolitische Investitionspolitik, wie auch die Bundesbahn, nicht herumkommen. Zu meinen, bloß weil sie - im Gegensatz zu der von der Kraftfahrt hart bedrängten Bahn - monopolistisch, also konkurrenzlos arbeitet, demnach auch Preise verändern kann, dürfte sich als verhängnisvolle Fehlkalkulation herausstellen. Das Vertrauen des Volkes, das den neuen Bundestag und seine Regierung in der Überzeugung wählte, daß seine Interessen von beiden Gremien am besten, das heißt in mindest bisher gezeigter Weise wahrgenommen wird, kann ungestraft nicht posthum geprellt werden.

Der neue Postminister sollte die Postkunden, kurzum 50 Millionen Bewohner der Bundesrepublik, nicht für vergeßlich halten. Denn die Post hat seit Kriegsende ihre Gebühren ja schon einmal verdoppelt. Die Ferngespräche wurden seit 1945 schon einmal um nahezu das Doppelte teurer. Die Ortsgespräche aus den amtlichen Telefonzellen kosten nicht, wie der offizielle Preis eigentlich lautet, 15 Pfg., sondern zwei Groschen. Darüber ärgert sich der kleine Mann, wenn er schon einmal telefonieren muß, zumal ihm seinerzeit versichert wurde, man könne in den Zellen keine "Fünferschlitz" anbringen, weil das zu teuer sei... Im normalen Kaufmannsdeutsch nennt man so etwas Gimpelfang. Die Post hat ferner, und zwar unter lautem Protest aller Fernsprechteilnehmer, unter Millionenaufwand den automatischen Fernwählbetrieb gestartet, der genug praktische und technische Nachteile hat, um ihn unverständlich erscheinen zu lassen, auch wenn die so wichtigen R-Gespräche dabei nicht wegfielen. Was, so fragt sich die Masse der 50 Millionen Bundesdeutschen, die kein Telefon hat und die auf das Schreiben von Briefen und Karten angewiesen ist, haben wir damit zu tun, wenn die Post ihre investierten Telefon-Millionen wieder hereinbekommen will? Soll der kleine Mann dafür aufkommen, daß der große künftig von Hamburg nach München ohne "Dame vom Amt" telefonieren kann?

Vor einem Jahr hatte die Post plötzlich und unerwartet zehn Millionen Mark übrig. Ihr fehlte kein Geld, als es darum ging, in Bonn ein nagelneues Postministerium zu bauen, wobei die Versorgungsanstalt der Deutschen Post als Strohfigur und Bauherr auftrat. Die zehn Millionen waren übrig, obwohl der Bonner Haushaltsausschuß vor dieser Vergeudung warnte und der Auffassung war, die Post könne ohne Umstände auch von seinem soliden und komplett eingerichteten Zweckbau in Frankfurt aus verwaltet werden. Herr Schuberth wollte es anders.

Das letzte Wort über die Postgebühren ist noch nicht gesprochen. Auch wenn sie erhöht werden sollten, wird es noch lange nicht gesprochen sein.

Die Sprache verschlagen

(sp) Es ist bezeichnend für den Grad von Unsicherheit und Bestürzung, der in den Reihen der Koalitionsparteien Platz gegriffen hat, daß die der Regierung nahestehende Presse mit keinem Wort auf die weitreichenden Folgen eingeht, die sich aus der Änderung der amerikanischen Europa-Strategie für die europäische Sicherheit ergeben. Heute rächt es sich, daß sich die Bundesregierung, nie um eine Klärung der strategischen Absichten Amerikas bemüht hat. Eisenhowers letzte Ankündigung vor dem USA-Kongreß, die Ausgaben für Arme und Marine um fünf Milliarden Dollar zu streichen und die Zahl der außerhalb der USA stehenden amerikanischen Divisionen zu verringern, ist der Niederschlag einer schon anderthalb Jahre andauernden Diskussion, deren Kernpunkt die Verlagerung des strategischen Schwergewichtes auf die Luft- und Seestreitkräfte und die Atomwaffen ist; die amerikanische Verteidigungskraft soll sich fast ausschließlich auf den Schutz des eigenen Kontinents und den Ausbau einer Kerntruppe von Berufssoldaten konzentrieren.

Diese neue, von dem verstorbenen Senator Taft und dem früheren Präsidenten Hoover entworfene, von Stabschef Admiral Radford in allen Einzelheiten ausgearbeitete, nun von Eisenhower gebilligte Konzeption über die zukünftige Rolle der amerikanischen Wehrmacht gibt der "Sicherheitspolitik" des Bundeskanzlers endgültig den Todesstoß. Dem deutschen EVG-Kontingent - für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft doch noch zustande kommt - fällt die Rolle eines Lückenbüßers für die abziehenden amerikanischen Divisionen zu; es ist mit der Zivilbevölkerung die todgeweihte Vorhut einer westlichen Verteidigung, die sich auf Brückenköpfe in- und außerhalb der Grenzen Europas stützt. Wie hat man die Opposition verleumdete und diffamiert, als sie, gleich zu Beginn der Auseinandersetzung um den EVG-Vertrag, die in ihm liegenden tödlichen Gefahren für Leben und Schutz des deutschen Volkes aufzeigte...

Aber noch immer tut die Bundesregierung so, als hätte sich seit 1950 nichts geändert, noch immer hält sie an der Fiktion der "westlichen Integration" fest, noch immer vertraut sie auf die Fortführung einer Politik, der durch die neue USA-Strategie der reale Boden entzogen wurde, noch immer scheut sie sich, andere Lösungsmöglichkeiten auch nur zu erwägen. Sie will es nicht merken, daß die Entwicklung über sie schon längst hinweggegangen ist.

Verantwortlich: I.V. Albert Axler